

## Freiheit für Jo und Dy

Am 2. Juli 2020 wurden in mehreren baden-württembergischen Städten, darunter Karlsruhe, Ludwigsburg, Tübingen und Stuttgart, insgesamt neun Wohnungen von AntifaschistInnen durchsucht. Bei allen Betroffenen wurde im Anschluss an die Durchsuchung eine DNA-Entnahme, teilweise unter Zwang, vorgenommen. Der Antifaschist Jo sitzt seit der Durchsuchung in Untersuchungshaft in Stuttgart-Stammheim. Am 4. November kam es erneut zu einer Inhaftierung. Seit dem sitzt auch Dy, ein weiterer Antifaschist, in Stuttgart Stammheim in Untersuchungshaft. Die Hausdurchsuchungswelle Anfang Juli, sowie die Festnahme Anfang November stehen laut Stuttgarter Polizei im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung zwischen Nazis und AntifaschistInnen am Rande der „Querdenken 711“-Demo am 16. Mai 2020 am Cannstatter Wasen. Diese Aktion ist nur ein Beispiel von verschiedenen handfesten antifaschistischen Interventionen, die sich an diesem Tag gezielt gegen faschistische Präsenz auf der rechtsoffenen Veranstaltung richteten.

Allen Durchsuchten wird vorgeworfen an diesem Tag an einem Angriff auf den Treffpunkt der faschistischen Scheingewerkschaft „Zentrum Automobil“ unweit der Mercedes-Benz-Arena beteiligt gewesen zu sein. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurden mehrere Nazis verletzt, einer von ihnen schwer, nachdem er sich in der Auseinandersetzung mit zwei Schlagringen bewaffnete. Durch den Angriff wurde er daran gehindert sie einzusetzen. Es hat zweifellos diejenigen mit Härte getroffen, die auch selbst bereit sind hart auszuteilen. Keinesfalls stand aber eine „Tötungsabsicht“ im Raum, wie es die Bullen nun behaupten.

Die Polizei ermittelt seitdem mit der eigens eingerichteten Ermittlungsgruppe „Arena“ wegen Landfriedensbruch und versuchtem Totschlag gegen die antifaschistische Bewegung. Diese absurden Ermittlungen werden von den Bullen mit der „Schwere der Verletzungen“ begründet.

Im Vorfeld aber auch im Nachgang der Hausdurchsuchungen kam es zu polizeilichen Anquatschversuchen, offenen Observationen und staatsanwaltschaftlichen Zeug\*innenvorladungen. Es deutet alles darauf hin, dass an den beiden ein Exempel statuiert werden soll. Diese Angriffe, die Einschüchterungs- und Spaltungsversuche gilt es durch die gemeinsame Solidarität aufzufangen und ins Leere laufen zu lassen. Wenn der Staat aktive AntifaschistInnen derart massiv angreift und versucht anhand der Gewaltfrage die Bewegung zu spalten, während Faschisten aus Bundeswehr und Polizeiapparat Waffen und Sprengstoff horten und sich konkret auf einen Bürgerkrieg vorbereiten, ist es absolut notwendig über Spektren und Milieus hinweg zusammenzustehen. Egal ob auf der Straße, im Betrieb, vor den Staatsanwälten und Richtern: Antifaschismus ist legitim und bleibt notwendig!

## Freiheit für Lina!

Am 05.11.2020 führte die Generalbundesanwaltschaft einen Einsatz gegen Antifaschist\*innen in Leipzig durch. Für eine von ihnen hatte das LKA einen Haftbefehl mitgebracht, mit welchem sie die Person in Untersuchungshaft nahmen.

Den Beschuldigten wird vorgeworfen an mehreren Angriffen auf Faschisten beteiligt gewesen zu sein, sie geplant und vorbereitet zu haben. Ergänzt wird das Ganze durch den obligatorischen Vorwurf, eine kriminelle Vereinigung nach § 129 StGB gegründet zu haben, deren Ziel es sein soll "Angriffe gegen Personen der Rechten Szene durchzuführen".

Nachdem Lina am 5. November in Leipzig vorläufig festgenommen wurde, bestätigte am 06.11 der Bundesgerichtshof den Haftbefehl gegen Lina. In einer Pressemitteilung bezichtigt der Generalbundesanwalt sie der taktischen Kommandoführung sowie eine "herausgehobenen Stellung" innerhalb jener Vereinigung eingenommen zu haben.

Von der Klatschpresse wird sie zur "Anführerin", "Chef-Chaotin" und quasi-Terroristin erklärt, implizit wurden ihr alle vermeintlich "linken" Straftaten im Umfeld von Connewitz und ganz Leipzig zugerechnet und das Bild einer Person konstruiert, die sich klandestin in den Untergrund absetzte, um vermeintliche Gewalttaten zu planen.

Jegliche persönlichen Informationen wurden ausgeschlachtet, um das Bild der "Kommandoführerin" zu zeichnen. Aus Perspektive der Solidaritätsgruppe ist das politische Kalkül. So sagt die Pressesprecherin Helena Zimmermann: "Wenn der Besuch einer Demonstration und das wissenschaftliche Arbeiten zur akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen ausreicht, um einen vermeintlichen Radikalisierungsprozess zu belegen, beginnt die Delegitimierung und Kriminalisierung von antifaschistischem Aktivismus nicht erst dann, wenn Straftatbestände greifen."

Dafür spricht nicht zuletzt das Verhalten der Ermittlungsbehörden, wonach im Rahmen vergangener Ermittlungen immer wieder beschuldigte Antifaschist\*innen mangels hinreichenden Tatverdachts aus der U-Haft entlassen werden mussten. Darüber hinaus wurden nicht selten polizeiliche Durchsuchungen hinterher für rechtswidrig erklärt und »kriminelle Vereinigungen« gemäß §129 StGB doch nicht gefunden.

Indem die Bundesanwaltschaft und die SoKo Linx gezielt Informationen und Ermittlungserkenntnisse an die Medien weiterleiten, wird zudem der Grundsatz der Unschuldsvermutung faktisch ausgehebelt. Die mediale und gesellschaftliche Vorverurteilung und die Kriminalisierung und Delegitimierung antifaschistischer Arbeit kann somit ihren freien Lauf nehmen.

Die Kriminalisierung linker Aktivist\*innen durch bestimmte Medien und Ermittlungsbehörden ist dabei nichts neues. Künstlich beschworene Gefahr durch "die Antifa" findet sich in vielen Berichten zu vermeintlichen "Linksextremisten".

Diese 3, sowie weitere Fälle von staatlicher Repression (Hamburg, Frankfurt, Leipzig, Berlin und die unzähligen, horrenden „Individualstrafprozesse“...) allein dieses Jahr zeigen, dass eine kämpferische und selbstbestimmte fortschrittliche Bewegung dem deutschen Staat ein Dorn im Auge ist.

Seit dem G20-Gipfel und dem im Anschluss erfolgten Verbot der linken Online-Plattform „linksunten.indymedia“ macht der Staat wieder ganz offen Jagd auf Linke, Revolutionär\*innen und Antifaschist\*innen. Er versucht um jeden Preis Strukturen und Zusammenhänge, die sich seiner Kontrolle und seinen „Spielregeln“ entziehen, zu bekämpfen und in „gute“ und „böse“ Aktivist\*innen zu spalten. Dafür konstruieren die Behörden auch angebliche „Vereinigungen“ zusammen – Hauptsache man kann eine große publicity-show aus dem angeblichen Problem „Linksextremismus“ machen und hinterlässt möglichst große Schäden in der Bewegung. Der Hauptgrund für die schon inflationäre Anwendung der §§129 dürfte allerdings die Ausforschung unserer Strukturen sein – gibt es den Bullen doch die Befugnisse quasi geheimdienstlich zu ermitteln.

Die Vielfalt und Notwendigkeit revolutionärer und antifaschistischer Arbeit wird dabei grundsätzlich ausgeblendet.

Dabei ist doch gerade in Zeiten, wie den heutigen, eine starke, linkesradikale Bewegung vonnöten. Es braucht eine Bewegung, die im Stande ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen und Orten der Auseinandersetzung zu kämpfen und zu wirken. Nicht zu Selbstzweck sondern um den Weg abzusichern für die bitter notwendige, revolutionäre Umwälzung dieses Systems hin zu einer solidarischen Gesellschaft in der Ausgrenzung und Ausbeutung der Vergangenheit angehören.

Daher: Solidarität mit den Antifas in Haft! Free Dy, Lina und Jo!

Wir fordern die Abschaffung des §129 StGB und die sofortige Freilassung von allen politischen Gefangenen!